

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Franz Müntefering MdB
zum Zustand der Re-
gierungskoalition: Das
kaputte Dreieck.

Seite 1

Rolf Langenberger
MdL und Dr. Helmut
Ritzer zum Erfordernis
politischer Vorgängen
für eine umweltfreund-
liche Automotoren-
Technik: Kampf gegen
das Klima-Gift Kohlen-
dioxid.

Seite 2

Gernot Eler MdB zur
Notwendigkeit einer
Klärung: Die SPD in der
Einsamkeit des Ja-
Aber-Internationalis-
mus.

Seite 3

Karin Vollrath zur Bil-
dung des gemeinsa-
men Arbeitskreises
"Kohlepolitik" der SPD-
Landtagsfraktion aus
NRW und Saarland: In
der Kohlepolitik nicht
erpressen lassen.

Seite 4

Dokumentation

Zitate zum Verhältnis
von CDU und CSU:
Ende der Gemeinsa-
mkeit?

Seite 5

46. Jahrgang / 85

6. Mai 1991

Das kaputte Dreieck

Zum Zustand der Regierungskoalition

Von Franz Müntefering MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

I.

In einer Phase besonderer politischer Herausforderungen hat die Bundesrepublik eine Koalitionsregierung, die sich verbraucht und zerstritten hat und die ohne klare Führung ist. Man ist einander überdrüssig und weiß, daß das Vorsitzendentreio Kohl-Lambsdorff-Waigel nicht die Kraft hat, die Koalition zu einer konstruktiven Politik zurückzuführen. Ideen und Erneuerung sind von dieser Koalition nicht mehr zu erwarten. Man verwaltet, ist aber unfähig, herauszufordern und Mut zu machen für den Aufbau in den neuen Ländern und für die anderen großen Aufgaben, für die Modernisierung dieses Landes.

II.

Die Koalitionäre bleiben aneinandergekettet bis 1994, denn Alternativen zu dieser Koalition gibt es in diesem Deutschen Bundestag nicht. Und weil man die unausweichliche Trostlosigkeit und Langeweile der nächsten drei Koalitionsjahre spürt, drischt man umso ungenierter aufeinander ein. Szenen eines kaputten Dreiecks, hundertfach zu dokumentieren.

III.

FDP und CSU traktieren einander und beide die CDU. Die große CDU steht fast sprachlos dabei, von ihrem eigenen Vorsitzenden entmündigt.

Für unser Land ist dieser Zustand ein Desaster, mindestens aber verlorene Zeit: Der Aufbau in den neuen Ländern, die Einübung einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik, die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft, die Garantie für Wohlstand und soziale Sicherheit, die neue Verfassung für Deutschland, - das sind Aufgaben, die mit Koalitionsgezänk und kleinkarierten Hakeleien nicht zu bewältigen sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Herstellung durch
mit erhöhten Anteilen
Recycling-Papier



IV.

Ihre Steuerlüge hat dieser Koalition zu einer breiten Parlamentsmehrheit verholfen, die jede andere Koalition als Möglichkeit ausschließt. Jetzt ist man fertig miteinander, aber auch angewiesen aufeinander. 100 Tage nach der Regierungserklärung ist von Gemeinsamkeit nichts mehr zu sehen: Streitpunkte überall.

Scheidung wäre ehrlicher. Aber man wird weiterwursteln, denn man wird nicht die Sessel der Macht aufgeben, in denen man es sich bequem gemacht hat. Für das Ansehen der Politik ist das fatal. Eine Koalition, die über ihren eigenen Streitereien ihre politischen Aufgaben vergißt, stößt die Menschen ab.

V.

Schäuble hat recht: Vor allem der größere Partner in einer Koalition muß intakt sein und zur Führung fähig. Aber die CDU ist nicht intakt. Und die, die dort inzwischen nach Strategiedebatte und neugestyler Außendarstellung rufen, irren sich. Das Defizit der CDU ist grundsätzlicher. Sie hat kein politisches Konzept für die 90er Jahre. Ihr fehlt FORTSCHRITT 90, die Markierung einer modernen Politik für Deutschland in diesem Jahrzehnt, die die Verquastheit des Ressortdenkens aufgibt. Statt ein Programm des Fortschritts zu entwickeln, hat die CDU sich auf die taktische Raffinesse und Ausgebufftheit ihres Kanzlers verlassen, der seinerseits in einer Wagenburg der Selbstgefälligkeit lebt.

VI.

Das Gesetz des Handelns liegt nur noch bedingt bei den Regierenden. Nach der für Kohl dankbaren Phase des staatlichen Einigungsprozesses ist er auf die Realitäten des Jahres 1989 zurückgefallen. Die Probleme von damals sind immer noch nicht angepackt und hinzugekommen ist die alles überragende Aufgabe des ökonomischen, ökologischen und sozialen Aufbaus in den neuen Ländern und des Zusammenwachsens.

Kohl hatte 1989 kein Konzept mehr für die Politik in der alten Bundesrepublik, er hat 1991 schon gar keines für das vereinte Deutschland.

(-/6. Mai 1991/rs/ks)

Kampf gegen das Klima-Gift Kohlendioxid

Zum Erfordernis politischer Vorgaben für eine umweltfreundliche Automotoren-Technik

**Von Rolf Langenberger und Dr. Helmut Ritzler
Mitglieder des Bayerischen Landtages**

Mit dem Katalysator kann keineswegs absolut "schadstofffrei" gefahren werden. Dies bestätigte nun auch der bayerische Umweltminister Gauweiler. In der Antwort auf unsere Parlamentsanfrage verweist er darauf, daß die Bayerische Staatsregierung die 'Einführung einer restverschmutzungsabhängigen Kohlendioxid-Abgabe' unterstütze. Sie müsse jedoch in eine europäische Konzeption eingebunden werden, 'um Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft zu vermeiden'. Wir hatten kritisiert, daß die Werbeaktion der Bundesregierung "Dank Kat!" die Autofahrer zu der Annahme verführt, ihr Kat-Auto sei in höchstem Maße umweltfreundlich, obwohl tatsächlich der Katalysator zwar die giftigen Abgasbestandteile weitgehendst reduziert, der Ausstoß von Kohlendioxid (CO2) jedoch steigt.

Wir hatten uns dabei auf den ehemaligen VW-Forschungschef, Professor Ernst Fiala, berufen, der erklärt hätte, daß zehn Gramm mehr Kohlendioxid in Kauf genommen werden müßten, um die Stickoxide um ein Gramm zu reduzieren. Derzeit produzieren die Autos allein in der Bundesrepublik jährlich hundert Millionen Tonnen Kohlendioxid.

Bei dem prognostizierten Anstieg des Pkw-Verkehrs um bis zu 45 Prozent in den kommenden zehn Jahren ist damit eine weitere unheilvolle Beeinträchtigung des Klimas zu befürchten, wenn nicht umgehend gehandelt wird.

Den unionsgeführten Regierungen in Bonn und München werfen wir vor, bei der CO₂-Abgabe wieder das gleiche Manöver wie vor einigen Jahren mit der Einführung des Kat und dem bleifreien Benzin zu veranstalten: Damals hat die Union zunächst auch alles verzögert und auch die europäische Abstimmungsnotwendigkeit verwiesen. Erst angesichts des katastrophalen Waldsterbens und des zunehmenden öffentlichen Drucks hat man sich denn doch zum Handeln entschlossen.

Ähnliche langwierige Strategien können wir uns hinsichtlich der drohenden Klimakatastrophe nicht leisten. Die Industrie muß ähnlich wie beim Kat durch politische Vorgaben dazu gezwungen werden, ihre Motorentechnik radikal zu ändern und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß alternative Antriebsenergien - etwa bei Elektro-Autos und Solar-Autos - weiter entwickelt werden. Energiesparen beim Auto muß künftig im Vordergrund stehen. Darüber verliert der bayerische Umweltminister aber ebensowenig ein Wort wie zu der SPD-Forderung nach einem Verkehrssystem, das Autofahrer zum Umsteigen veranlaßt.

Wir fordern Gauweiler daher auf, sich intensiv um diesen Bereich zu kümmern. Die von ihm erwähnte "Diskussion über eine emissionsbezogene Kraftfahrzeugsteuer" muß sich endlich in Gesetzesinitiativen niederschlagen. Dem erfolgreichen Kampf für den Kat mit der damit verbundenen Verringerung des "Waldgiftes Stickoxid" muß jetzt der Kampf gegen das "Klima-Gift Kohlendioxid" folgen.

(-/6. Mai 1991/rs/ks)

Die SPD in der Einsamkeit des Ja-Aber-Internationalismus **Zur Notwendigkeit einer Klärung**

Von Gernot Eler MdB

Welches ist in Deutschland die Partei des Internationalismus und der supranationalen Institutionen? Die SPD natürlich. Schon die Tradition der Arbeiterbewegung stellte die internationale Solidarität dem engstirnigen Internationalismus entgegen. Heute gehört es zum politischen Allgemeinut, daß die Aufgaben von Umweltpolitik, Verkehrspolitik, Verteilungspolitik und anderes nicht an Staatsgrenzen haltmachen können. Das nationalstaatliche Denken erscheint uns verstaubt, woraus manch Unbehagen über seine Renaissance in Osteuropa und anderswo erwächst. Die Bereitschaft, nationale Souveränitätsrechte an supranationale Organe und Institutionen abzugeben, ist fortschrittlich. Und deswegen will die SPD weiter: zu den Vereinigten Staaten von Europa, zu einem KSZE-Sicherheitssystem in Europa, zu einer UNO als Weltregierung anstelle einer von Supermachtinteressen geprägten Weltordnung.

Will die SPD das alles wirklich? In letzter Zeit tauchen Fragezeichen auf. Es gibt Sozialdemokraten, die zurückziehen, je näher die Übergabe von Macht an supranationale Einrichtungen wächst, zynisch könnte man fragen, ob sich hier das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Sozialismus wiederholt; man redete umso begeisterter von ihm, je eindeutiger er nicht vor der Tür stand oder steht. Bei etwas genauerem Hinsehen stößt man auf eine klärungsbedürftige Berechnung.

Nehmen wir die Vereinten Nationen. Die UNO steht für die Hoffnung auf kollektive Vernunft, die sich gegen einzelstaatlichen Egoismus durchsetzt. Am Horizont schimmert die Idee einer Weltregierung, die Interessengegensätze gerecht ausgleicht und dafür das Gewaltmonopol zulaßten nationaler Verfügung beansprucht. Eine Idee, wie geschaffen für Sozialdemokraten. Aber der Golfkrieg ernüchterte uns. Die UNO wurde tätig, aber nicht als kollektives Organ zur Be-

wahrung und Wiederherstellung von Gerechtigkeit. Stattdessen legitimierte sie die Anwendung von Gewaltmitteln in nationaler Verfügung und überließ die Kontrolle der Alleinweltmacht Amerika. Das Ergebnis erscheint von Tag zu Tag mehr als Desaster.

Schlagartig erlosch die SPD-Liebe zu einer solchen UNO. Das Objekt unserer Zuwendung war ein anderes. Die real existierende UNO findet nicht unsere Unterstützung, viele SPD-Ortsvereine wollen sich sogar den sachlich kaum angreifbaren "Blauhelm"-Einsätzen verschließen, bevor nicht eine radikale Reform der Vereinten Nationen stattgefunden hat. Eine eigens gegründete Arbeitsgruppe der Fraktion definiert unterdessen, wie eine solche Reform aussehen sollte. Übrig bleibt allenfalls ein Ja-Aber-Internationalismus.

Bei Europa wird es uns nicht anders gehen. Im europapolitischen Leitartikel für Bremen heißt es: "Die Schaffung gesamt-europäischer supranationaler und demokratischer Strukturen ist überfällig". Allein in diesem Satz steckt schon ein Stück Ja-Aber-Internationalismus: Das Supranationale auf Regierungs- und Bürokratieebene läuft dem demokratischen Europa der parlamentarischen Kontrolle pausenlos auf und davon. Die real existierenden Vereinigten Staaten von Europa werden anders aussehen, als wir sie wollen. Wann werden Sozialdemokraten die Notbremse ziehen, wenn überhaupt eine da ist? Und wann werden wir entdecken, daß ein europäisches Sicherheitssystem auf der Basis der KSZE wohl kaum weniger vermachet sein wird von den Großen, denen NATO-begeisterten Kleinen wie Polen, CSFR und Ungarn kaum auf die Füße treten werden? Wie wird dann das Ja-Aber derselben SPD aussehen, die in einem KSZE-Sicherheitssystem für Europa immer die hoffnungsvolle Weiterentwicklung der NATO gesehen hat?

Wir brauchen offenbar eine Überprüfung. Unter welchen Umständen unterstützt die SPD supranationale Institutionen? Mit welchen inhaltlichen Zielen vertritt sich unser Internationalismus? Und vor allem: Wo bleiben eigentlich unsere Freunde und Verbündeten? Wie einsam sind wir in unserem Ja-Aber-Internationalismus? Ist uns am Ende ein Kohl näher, der hinter der Grundgesetzbarriere in Deckung ging, um keine deutschen Soldaten losschicken zu müssen, als ein Neil Kinnock, der Blut spendete für die Goffkrieger Ihrer Majestät? Welche Gemeinsamkeit gibt es mit dem regierenden, wenn auch sphärisch entrückten Sozialisten Mitterrand, der den Kriegskritiker und CERES-Antlinken Chevenement von dannen ziehen ließ?

Nein, wir brauchen wirklich eine Selbstverständigung über unseren Internationalismus, und wir müssen - die Diskussion verstärkt - mit unseren Freunden führen. Nur dann ist die Ernüchterung, die uns erfaßt hat, heilsam und treibt uns nicht zu unpolitischen Trotz- oder kurzlebigen Durchhalteparolen.

(-/6. Mai 1991/rs/fr)

In der Kohlepolitik nicht erpressen lassen

Zur Bildung des gemeinsamen Arbeitskreises "Kohlepolitik" der SPD-Landtagsfraktion aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland

Von Karin Vollrath

Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

Aus Anlaß der aktuellen Bedrohung im Steinkohlebergbau durch jüngste Äußerungen von Wirtschaftsminister Möllemann hat sich der gemeinsame Arbeitskreis "Kohlepolitik" der SPD-Landtagsfraktionen aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland konstituiert.

Unter der Führung der wirtschaftspolitischen Sprecher Ernst-Otto Stüber (NRW) und Leo Petry (Saar) forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten beider Länder Bundeskanzler Kohl

eindringlich auf, jetzt keinen weiteren Wortbruch zu begehen und am gemeinsam verabredeten Jahrhundert-Vertrag bis 1995 festzuhalten.

An der Sitzung des Arbeitskreises nahmen auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Loke Mernitzka, Bodo Hambach (MdL), Landesgeschäftsführer der SPD in Nordrhein-Westfalen sowie Kurt Hartz, Vorsitzender der Montanfraktion im saarländischen Landtag teil.

Der Arbeitskreis stellte klar, daß die im Optimierungsmodell des Steinkohlebergbaus genannte Förderreduktion auf 58,7 Millionen tSKE (Tonnen Steinkohle-Einheiten) bis 2005 als absolute Untergrenze zu verstehen ist.

Wenn nachgewiesen ist, daß diese Fördermenge dann kostenoptimal ist, wäre folglich jede weitere Reduktion ökonomisch nicht mehr zu vertreten.

Im Vorfeld des IGBE-Kongresses am 7. Mai widersprachen die NRW- und Saar-Abgeordneten entschieden den Versuchen, notwendige Entscheidungen zur Kohlepolitik nach 1995 mit einem angeblichen "Konsens" in der Kernenergie zu verbinden. Es sei nicht zu übersehen, daß die Energieversorgungsunternehmen den gewünschten Neu- und Ersatzbau von Kernkraftwerken mit Zugeständnissen bei der Kohle verbinden wollten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten riefen die Bergleute an Saar und Ruhr auf, sich hierdurch nicht erpressen zu lassen, denn kein einziges Argument gegen die Kernkraft sei bisher gegenstandslos geworden. "Wenn die Energieversorgungsunternehmen damit argumentieren, daß sie zukünftig Investitionssicherheit bräuchten, dann können sie die haben: Indem sie verstärkt in umweltfreundliche Technologien zu Kohlenutzung, in die rationelle Energieverwendung sowie in erneuerbare Energien und Fernwärmenutzung investieren".

Weiterhin sprachen sich die NRW- und Saar-Abgeordneten entschieden gegen die vom Bund geplante CO₂-Abgabe aus, die nichts weiter als eine "Kohle-Bekämpfungsabgabe" und eine Begünstigung der Kernkraft sei. Statt dessen forderten sie zum Zwecke des Klimaschutzes und der Energieeinsparung eine allgemeine Energie-Abgabe. Diese Energie-Abgabe soll alle Energieträger gleichmäßig belasten und zweckgebunden für eine rationelle Energieverwendung sowie den Aufbau regenerativer Energiequellen eingesetzt werden.

(-/6. Mai 1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

II. Ende der Gemeinsamkeit? - Zum Verhältnis von CDU und CSU

"Die CSU sollte aus der Regierung austreten".

(CSU-Vordenker Professor Dr. Günther Rohmoser, Stuttgarter Nachrichten, 3.5.1991)

Noch gestern hatte CSU-Generalsekretär Erwin Huber von der CDU verlangt, der DSU zu helfen. Nur dann sei die CSU bereit, auf einen "Bruderkrieg mit der CDU" zu verzichten, sagte Huber dem Berliner Kurier.

(Die Welt, 3.5.1991)

Wenn Kohl "keine Zeit für die CSU" habe, müsse er "die Folgen selbst verantworten".

(Dr. Edmund Stoiber, CSU, dpa 3.5.1991)

Waigel forderte die CDU auf "endlich Klarheit in den eigenen Reihen zu schaffen und klare inhaltliche Positionen zu beziehen". Die CDU müsse zudem "mehr auf die gemeinsame Linie der Unionsparteien sehen und nicht zu stark auf Koalitionskompromisse achten". Die CDU habe

Defizite im Außen- und Wirtschaftsbereich und habe es in den Ländern versäumt, bei Zeiten einen Generationswandel zu vollziehen.

(Dr. Theo Waigel, BPA 3.5.1991)

"Heute muß sich die CDU sagen; sie ist auch aufgrund ihrer Mitbelastung durch viele (Mitglieder) der (früheren) Blockpartei CDU ... nicht so in der Lage, die Vergangenheitsbewältigung, auf die die Leute ... warten ... vorzunehmen."

(Dr. Edmund Stoiber, BPA 2.5.1991)

"Es geht insgesamt darum, daß die CDU ein klares Programm umsetzt, daß man Probleme aufgreift und eine klare Linie erkennen läßt. Das ist nicht nur die Frage eines Mannes ... (sondern) die der gesamten CDU - und die vermissen wir und klagen wir ein..."

(Erwin Huber, Tagesthemen 2.5.1991)

Die CDU sagte Waigel ... müsse "mehr auf die gemeinsame Linie der Unionsparteien sehen und nicht so stark auf Koalitionskompromisse bedacht sein".

(Dr. Theo Waigel, dpa 2.5.1991)

"Weiter so ist kein Rezept."

(Dr. Theo Waigel, dpa 2.5.1991)

Die CDU benötige in den neuen Bundesländern einen Koalitionspartner, weil sie sich sonst langfristig in die "Babylonische Gefangenschaft der FDP" begeben.

(Dr. Theo Waigel, dpa 2.5.1991)

"Wenn Kohl und Rühle sich weiterhin so hochmütig gegenüber der CSU benehmen, dann müssen wir wirklich aus der Regierung raus."

(Max Streibl, FAZ 26.4.1991)

Für die CDU "...schorungslose Selbstbesinnung..."

(Dr. Theo Waigel, Die Welt 23.4.1991)

Zur Situation der CDU: "Uneinigkeit, Durcheinander, Populismus."

(Dr. Theo Waigel, Die Welt 23.4.1991)

"Ich meine, daß zum Beispiel die Arbeitsgruppen, gemeinsam mit CDU und SPD, unter anderem die Bürger und Wählerinnen und Wähler schon verwirrt."

(Dr. Edmund Stoiber, BPA 23.4.1991)

"Kohl ist programmatisch am Ende."

(Orwin Lowack, bis vor kurzem Mitglied der CSU-Landesgruppe)

... entgegen offiziellen Bekundungen des Bundeskanzlers (würden) die Länder an der Vorbereitung wichtiger außenpolitischer Entscheidungen nicht beteiligt ... und ... damit Kernfragen, die untrennbar mit dem Selbstverständnis der Unionsparteien zu tun hätten, an Außenminister Genscher ausgeliefert ...

(Max Streibl, Bayernkurier 27.4.1991)

"Warum steht die CSU bei ihrem ... Einsatz für das ungeborene Leben weitgehend allein, während die CDU ... schweigt oder gar, wie es durch Rita Süßmuth immer wieder aufs neue geschieht, eine verfassungswidrige und früher das SED-Regime kennzeichnende Fristenlösung vertritt."

(Winfried Scharnagl, Bayernkurier 27.4.1991)

"Die CSU kann auch Opposition sein."

Zur Koalition: "Wir hängen nicht daran."

(Zehetmaier, CSU, FAZ 26.4.1991)

(-/6. Mai 1991/rs/ks)

(Gesammelt: Franz Müntefering MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion)
